

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Weiß,
Albert

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3225

~~1HR(RSHR) 304/65~~



Günther Nickel
Berlin SO 36

Pw 44

We i B

(Name)

Albert

(Vorname)

24.10.13 Bettringen

(Geburtsdatum)

Aufenthaltsermittlungen:

1. Allgemeine Listen

Enthalten in Liste W 1 unter Ziffer 48

Ergebnis negativ - verstorben - wohnt 1940 in
(Jahr)

Berlin C 2, Burgstr.26

Lt. Mitteilung von SK, ZSt, WAST, BfA.

2. Gezielte Ersuchen (Erläuterungen umseitig vermerken)

a) am: an: Antwort eingegangen:

b) am: an: Antwort eingegangen:

c) am: an: Antwort eingegangen:

3. Endgültiges Ergebnis:

a) Gesuchte Person wohnt lt. Aufenthaltsnachweis EMA

vom 3.3.64 in ,,,Berlin-Spandau, Galenstr. 15

*Falkenauer Chaussee
242*

b) Gesuchte Person ist lt. Mitteilung

vom verstorben am:

in

Az.:

c) Gesuchte Person konnte nicht ermittelt werden.

Sp. 1, Galun No. 15

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

Date: 28.10.63

T-URGENT

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: Albert Weib

Place of birth:

Date of birth:

Occupation:

Present address:

Other information:

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

1214800

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	—	—	7. SA	—	—	13. NS-Lehrerbund	—	—
2. Applications	—	—	8. OPG	—	—	14. Reichsaerztekammer	—	—
3. PK	—	—	9. RWA	—	—	15. Party Census	—	—
4. SS Officers	—	—	10. EWZ	—	—	16.	—	—
5. RUSHA	—	—	11. Kulturkammer	—	—	17.	—	—
6. Other SS Records	—	—	12. Volksgerichtshof	—	—	18.	—	—

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

Tel.Buch RSHA 1942/43: Kass., Kleiderkammer, Berkaer Straße 32

Autobogen ausgeh. - Fotokop. ungel.

VW 6/12.63

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

N. u. S.-Fragebogen

(Von Frauen füngemäß auszufüllen!)

Name und Vorname des H.-Angehörigen, der für sich
oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

Albert Weiss

Dienstgrad: H.-Scharf. H.-Nr. 251407

Sip. Nr. 89380

Name (lesterlich schreiben): Weiss Albert,

in H seit 15.8.1934 Dienstgrad: H.-Scharführer H.-Einheit: RSHA.

in SA von -- bis --, in HJ von -- bis --

Mitglieds - Nummer in Partei: 5 017 784 in H: 251 407

geb. am 24.10.1913 zu Bettringen Kreis: Gmünd/Wtthg.

Land: Württemberg jetzt Alter: 26 Jahre Glaubensbekenntnis: gottgl.

Jetziger Wohnsiß: Berlin C. 2 Wohnung: Burgstr. 26

Beruf und Berufsstellung: a. pl. Krim. Ass.

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

SA-Sportabzeichen und Reichsportabzeichen.

Staatsangehörigkeit: deutsch

Ehrenamtliche Tätigkeit: nein

Dienst im alten Heer: Truppe -- von -- bis --

Freikorps von -- bis --

Reichswehr von -- bis --

Schutzpolizei von -- bis --

Neue Wehrmacht von -- bis --

Letzter Dienstgrad: --

Frontkämpfer: -- bis --; verwundet: --

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille: --

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden -- seit wann): --

Welcher Konfession ist der Antragsteller? gottgläubig die zukünftige Braut (Ehefrau)? gottgläubig
(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekenntnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein.

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form? --

Ist Ehestands - Darlehen beantragt worden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? Bezirksamt Stadt Mitte, Berlin, Klosterstr. 68

Wann wurde der Antrag gestellt? 1.3.1940

Wurde das Ehestands - Darlehen bewilligt? Ja - nein.

Soll das Ehestands - Darlehen beantragt werden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? Bezirksamt Berlin Mitte, Klosterstr.

Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

4

Als Sohn des Gemeindepflegers Johannes Weiß und dessen Ehefrau Anna, Maria geborene Schwarzkopf, wurde ich am 24. 10. 1913 in Zettringen, Kreis Gmünd/Wstbg. geboren.

Ich besuchte vom 7. bis 14. Lebensjahr die dortige kath. Volksschule und trat anschließend meine 3½ jährige Lehrstelle als Malerlehrling bei Malermeister Weiß in Gmünd an. Während dieser Zeit besuchte ich die Gewerbeschule und in den Wintermonaten verschiedene Zeichen- und Malkurse dortselbst. Nach Beendigung meiner Lehrzeit arbeitete ich in verschiedenen Maler- und Dekorationsmalereibetrieben als Malergeselle. Vom 31. 4. 33 bis 31. 12. 33 war ich beim freiwilligen Arbeitsdienst in Zettringen, Kreis Gmünd. Anschließend arbeitete ich wieder als Malergeselle bei Malermeister Georg Kreiber in Heubach, Kreis Gmünd. Am 15. 8. 34 trat ich in die Politische Bereitschaft in Reutlingen ein. In der Zeit vom 15. 11. bis 20. 12. 34 wurde ich zur dortigen H-Sportschule abkommandiert. Vom 15. 1. 35 bis 1. 8. 37 war ich bei der H-Grenzüberwachung tätig, woselbst nachstehende Versetzungen aufgetreten sind:
vom 15. 1. bis 1. 3. 35 in Passau zur Ausbildung für den Grenzdienst,
vom März bis Mai in Gurghausen, vom Mai bis Juli in Kiefersfelden und vom Juli 35 bis 15. 1. 38 in Wittenwald. Am 1. 8. 37 wurde ich, unter Ablegung der krim. Zeugnisaufprüfung I, in die Geh. Staatspolizei übernommen und am 15. 1. 38 zum Geh. Staatspolizeiamt Berlin, Ref. III H versetzt, wo ich bis zum heutigen Tag noch tätig bin.
Berlin, den 2. März 1940

Albert Weiß.

5



6



7
Nr. 2 Name des leiblichen Vaters: W e i s s Vorname: Johannes
Beruf: Gemeindepfleger a.D. Jüngstes Alter: 74 Jahre Sterbealter: --
Todesursache: --
Überstandene Krankheiten: --

Nr. 3 Geburtsname der Mutter: Schwanzkopf Vorname: Maria, Anna
Jüngstes Alter: -- Sterbealter: 52 Jahre
Todesursache: natürlicher Tod.
Überstandene Krankheiten: --

Nr. 4 Großvater väterl. Name: W e i s s Vorname: Georg
Beruf: Söldner Jüngstes Alter: -- Sterbealter: 58 Jahre
Todesursache: nicht bekannt
Überstandene Krankheiten: nicht bekannt

Nr. 5 Großmutter väterl. Name: K r a u s Vorname: Veronika
Jüngstes Alter: -- Sterbealter: 71 Jahre
Todesursache: nicht bekannt
Überstandene Krankheiten: nicht bekannt

Nr. 6 Großvater mütterl. Name: S c h w a r z k o p f Vorname: Florian
Beruf: Tagelöhner Jüngstes Alter: -- Sterbealter: 72 Jahre
Todesursache: nicht bekannt
Überstandene Krankheiten: nicht bekannt

Nr. 7 Großmutter mütterl. Name: D o m h a n Vorname: Lucia
Jüngstes Alter: -- Sterbealter: 40 Jahre
Todesursache: nicht bekannt
Überstandene Krankheiten: nicht bekannt

- a) Ich versichere hiermit, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.
b) Ich bin mir bewußt, daß wissentlich falsche Angaben den Ausschluß aus der H nach sich ziehen.

Berlin
(Ort)

, den 1. März

19 40.
(Datum)

Albert Weiss
(Unterschrift)

Die Unterschrift der zukünftigen
Ehefrau bezieht sich nur auf Punkt a

R. u. G.-Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen!)

Name und Vorname des H.-Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

Dienstgrad: H.-Nr.

Sip. Nr. 89380

Name (leserlich schreiben): Hildegard Bress

in H seit Dienstgrad: H.-Einheit:

in SA von bis in H von (B.G.H.) August 1933 bis April 1935

Mitglieds-Nummer in Partei: H.-Nr.:

geb. am 1.8.1916 zu Berlin Kreis:

Land: jetzt Alter: 23 1/2 Jahre Glaubensbekenntnis: evangel.

Jetziger Wohnsitz: Berlin H. 65 Wohnung: Torgstr. 50 b/Färsen

Beruf und Berufsstellung: Kassensangsstelle

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

.....

Staatsangehörigkeit: deutsch

Ehrenamtliche Tätigkeit:

Dienst im alten Heer: Truppe von bis

Freikorps von bis

Reichswehr von bis

Schutzpolizei von bis

Neue Wehrmacht von bis

Letzter Dienstgrad:

Frontkämpfer: bis; verwundet:

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille:

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden — seit wann): ledig

Welcher Konfession ist der Antragsteller? die zukünftige Braut (Ehefrau)? früher: evgl. jetzt: evgl.
(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekenntnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja — nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja — nein.

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form?

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? Ja — nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)?

Wann wurde der Antrag gestellt?

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja — nein.

Soll das Ehestands-Darlehen beantragt werden? Ja — ~~nein~~.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? Präsidium Berlin. Mitte, Neukölln

d

Vermerk:

In den Tel.-Verzeichnissen des RSHA v. 1942 + 1943 gehörte W e i ß der Kleiderkammer an.

Im Verzeichnis f. Leih-Verausgaben S. 51 (1939/41) wird W. als Angehöriger von III H (Einrichtung der Grenzpolizei-kommissariate und Grenzpolizeiposten u. a.) und S 216 (Jan./Febr. 1944) von IV D 3 a (nach GVPl. v. 1.10.43 = Vertrauensstellen, Staatsfeindliche Ausländer, Emigranten) angegeben.

Weiß wurde bereits in dem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) vernommen.

B., den 10. Febr. 1965

Lo.

Vfg.

1. V e r m e r k : *W. gehörte zwar kurzfristig auch dem Ref. IV D3 an, wegen seiner ungesicherten Einstellung als Koll. An. kommt er jedoch als Verdächtigter nicht in Betracht. Diese Vermutung über AR-Verfahren erübrigt sich. Er ist in der Tat?*
 Nach den hier vorliegenden Unterlagen war der Betroffene im RSA lediglich in einem Referat tätig, über dessen Sachgebiet bisher belastende Erkenntnisse nicht vorliegen. Die polizeiliche Vernehmung des Betroffenen hat in dieser Richtung nichts Neues ergeben. Bei dieser Sachlage kommt für den Betroffenen die Einleitung eines Js-Verfahrens - zumindest zur Zeit - nicht in Betracht. Die Vernehmung des Betroffenen sowie die über ihn vorhandenen Unterlagen sind ausgewertet worden. Es ist daher zunächst nichts weiter zu veranlassen. *Verfahren 1 Ts 1/65 Bereich als Zeuge vernommen worden und hat dort keine bedeutenden Aufschlüsse geben können.*

2. Beiakten

trennen.

3. Vorgang zum Sachkomplex

vorlegen.

(Der Betroffene kommt als Zeuge in Betracht.)

4. Auf dem Vorblatt des Vorgangs

vermerken, daß der

dort Betroffene in der hier in Rede stehenden Überprüfungsakte (Bl. *✓* genannt ist.*✓* 2. Als AR-Sache weglassen.*✓* 2a. Als BA von 1 Ts 1/65 (RSA) trennen.*✓* 3. Herrn StA. Severin mit der Bitte um Ggz.

15. FEB. 1965

Berlin, den 15.2.65

Zu 2a) est.

16. Feb. 1965

*lee**Ugel*

Zum Verlauf

17R(RS117) 304/65

Amtsgericht Tiergarten

348 Gs 15/65

Berlin NW 21, den 5. Februar 1965
Turmstraße 91

11

Ermittlungssache

Strafsache

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat Heinze
als Richter,

Justizangestellte Berg
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

gegen

d en Karl Anders u.a.

*ergänzt
114 angelegt
15/3.72*

wegen **Mordes**

Es erschien

d er nachbenannte — Zeuge — Sachverständige —

D er — Zeuge — Sachverständige —
wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der
Person d en Beschuldigten bekannt gemacht. Er
wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß
die Aussage zu beeiden ist, wenn keine im Gesetz be-
stimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — Sie —
wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die straf-
rechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen
eidlichen und auch uneidlichen Aussage sowie darauf hin-
gewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der
Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeß-
ordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

D er Erschienene wurde , — und zwar
die Zeugen — einzeln und in Abwesenheit der später
abzuhörenden Zeugen, — wie folgt vernommen:

Belehrt nach § 55 StPO.

1. Zeuge — Sachverständige —

Ich heiße Albert Weiß
bin 51 Jahre alt, Beruf: Verw. Ange-
stellter
in Berlin 20
Falkenseer Chaussee 242

- Mit den Beschuldigten nicht ver-
wandt und nicht verschwägert. -

StP 17

Zeugen- und Sachverständigenvernehmung durch den Richter
im vorbereitenden Verfahren und in der Voruntersuchung
sowie durch den ersuchten Richter im Hauptverfahren (§§ 48 ff,
162, 185, 223 StPO) — Amtsgericht
10 61 5000 Mö

Zur Sache:

Ich kam im Februar 1938 von der Grenzpolizei in Mittenwald zur Kleiderkasse der Grenzpolizei, die vor Gründung des RSHA in dessen späteren Gebäude in der Prinz-Albrecht-Str. untergebracht war. Später wurde die Kleiderkasse wegen der Erweiterung des Personalbestandes und der damit zusammenhängenden Aufgabenerweiterung - die Grenzdienststellen hatten sich vermehrt - in die Burgstr. 26, gegenüber der Börse, verlegt.

Meine Dienststelle hiess: "Kleiderkasse der Grenzpolizei" und war das Referat III ~~N~~ des RSHA. In dieser Dienststelle hatte ich den Dienstrang eines SS-Scharführers, möglicherweise gegen Ende im Jahre 1943 bereits ^{eines} SS-Oberscharführers.

Ich trug während dieser Zeit SS-Uniform mit dem Äramelstreifen Grenzpolizei und der SD-Rune. Die Grenzpolizei bestand auch nach Kriegsausbruch noch weiter, mit Sicherheit jedenfalls bis 1943. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Personalbestand und das Aufgabengebiet der Kleiderkasse der Grenzpolizei aus Personaleinsparungsgründen stark reduziert. Die Beschaffung der Uniformen und sonstigen Einrichtungsgegenständen für die Grenzpolizeidienststellen wurde der Schutzpolizei übertragen. Das hatte zur Folge, dass ein grosser Teil der Bediensteten der Kleiderkasse anderen Dienststellen zugeführt wurden, einige wurden auch eingezogen. Ich selbst wurde mit Rücksicht auf meine Ausbildung als Kriminalbeamter zur Gestapo versetzt, und zwar zur Stapoleitstelle Berlin, die ihren Sitz im Polizei-Präsidium am Alexanderplatz hatte. Mein Referat war jedoch in der Burgstr. 29, zum Schluss jedoch in der Oranienburger Str. untergebracht. Welche Referatsbezeichnung meine Dienststelle bei meiner anfänglichen Tätigkeit bei der Stapoleitstelle trug, ist mir nicht mehr in Erinnerung. Ich kann aber das Sachgebiet beschreiben. Es handelte sich um ausländische Arbeitskräfte, die den Berliner Grossbetrieben zur Arbeitsleistung zugewiesen waren und die sich dort durch Arbeitsverweigerung, Sabotage oder auch allgemein kriminelle Delikte wie z.B. Diebstahl strafbar gemacht hatten. Diese Personen wurden uns von dem entsprechenden Wachpersonal der Firmen zugeführt, bei uns vernommen und je nach dem Ergebnis der Untersuchung entweder sofort den Firmen zurückgeschickt oder von dem Leiter für

einige Tage in Arbeitslager eingewiesen und von da dann wieder zurück zu den Betrieben gebracht. Einweisungen in Konzentrationslager sind bei uns nie vorgekommen. Wir hatten auch die Weisung, mit den inzwischen knapp gewordenen Arbeitskräften schonend umzugehen.

Zuletzt hiess meine Dienststelle, wenn ich mich recht erinnere "IV C 1". Wenn mir gesagt wird, dass das Referat IV C 1 als Sachgebiet Auswertung, Hauptkartei, Personenaktenverwaltung, Auskunftsstelle, A-Kartei, Ausländerüberwachung, zentrale Sichtvermerksstelle, hatte, muss ich sagen, dass das dann ~~es~~ offenbar das ^{nicht} Referat war, dem ich angehörte. Mir ist auch ein SS-Hauptsturmführer Polizeirat Witzel, der dort Referent ^egewesen sein soll, nicht bekannt. Im März 1945 wurde ich zu einer Wehrmachtseinheit, dem Einsatzkommando Bock, abkommandiert. Ich trug in dieser Zeit meine SS-Uniform und geriet am 2. Mai 1945 in russische Kriegsgefangenschaft, aus der ich am 15. Oktober 1955 entlassen wurde. Ein besonderes Verfahren wurde von den Sowjets gegen mich nicht durchgeführt. Im Jahre 1949 wurden jedoch alle damals noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen pauschal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Allerdings wurde ich wegen meiner Pol.Zugehörigkeit in Kiew besonders vernommen u. verurteilt. Mir sind soeben die Namen und Lichtbilder der im Referat IV D 3 beschäftigten Personen vorgehalten worden.

Mir ist keiner der genannten 28 Beschuldigten bekannt, weder dem Namen noch den Lichtbildernach.

Der Abteilungsleiter ~~ix~~ in meinem Referat war ein Sturmbannführer und Reg.Rat, eventuell auch Kriminalrat, Gaede. Referatsleiter war der Kriminalkommissar und Ober- oder Hauptsturmführer Wöerle. Ausserdem war in unserem ~~meinem~~ Referat ein Kriminalobersekretär Köhler.

Ich kann deshalb ^{über} das Tätigkeitsgebiet des Referats IV D 2 3 gar nichts sagen.

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

gez. Albert Weiß

gez. Heinze

gez. Berg

Der Polizeipräsident in Berlin
I 1 - KJ 2 70/65

13
1 Berlin 42, den 30. 3. 1965
Tempelhofer Damm 1-7
Tel.: 66 00 17 App.: 3015

1. V e r m e r k :

Anhängende zeugenschaftliche Protokolldurchschrift des
Albert W e i ß , 24.10.13 Oberbettringen geb., Berlin 20,
Falkenseer Chaussee 242 wohnhaft, entstand bei der Ver-
nehmung des W e i ß zum Komplex Stapo-Leitstelle Berlin.
Weil W e i ß auch in der RSHA-Kartei einliegt und bisher
zum Komplex RSHA noch nicht vernommen wurde, ist eine Proto-
kolldurchschrift für das RSHA-Verfahren abgezweigt worden.

✓ 2. Tgb. austragen 30. MRZ. 1965

4. Urschriftlich mit 6 Seiten Vernehmungsprotokoll
dem

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.H. von Herrn OstA S e v e r i n .
-o.V.i.A.-

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

unter Hinweis auf obenstehenden Vermerk übersandt.

Im Auftrage

[Handwritten signature]

31. MRZ 1965
[Handwritten signature]

1AR 304/65

P 4 44

(1. Jg 1/65)

als Zeuge vernommen

14

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Verwaltungs-Angestellte

Albert W e i ß ,
24.10.1913 Oberbettringen, Krs. Gmünd geb.,
Berlin-Spandau, Falkenseer Chaussee 242 wohnh.

und erklärt:

Der Grund meiner Vernehmung wurde mir in einer Vorbesprechung bekanntgegeben und ich will mich wahrheitsgemäß dazu äußern.

Nachdem ich in den Jahren von 1920 bis 1927 die Volksschule in Bettringen/Krs. Schwäbisch-Gmünd besucht hatte, erlernte ich in den Jahren 1927 bis 1930 das Malerhandwerk. Bis August 1934 übte ich diesen Beruf als Malergeselle aus.

Am 15.8.1934 wurde ich auf Grund einer Bewerbung zum Grenzüberwachungsdienst nach Keutlingen einberufen. Nachdem ich dort eine militärische, später in Passau eine paß- und zolltechnische Ausbildung durchgemacht hatte sowie eine dementsprechende Prüfung absolviert hatte, wurde ich im März 1935 im Grenzdienst an der Grünen Grenze im Raum Burghausen eingesetzt. Die Einheit, der ich angehörte, war der Vorläufer der späteren Grenzpolizei und nannte sich zu meiner Zeit zunächst noch "SS-Grenzüberwachung". Ich war später noch im Grenzdienst in den Bezirken Kiefersfelden und Mittenwald eingesetzt.

Am 1.8.1937 wurde ich nach Ablegung der Kriminalbeamten-Fachprüfung I in das Beamtenverhältnis übernommen und wurde von diesem Zeitpunkt ab als Kriminal-Ass.-Anwärter geführt. Ich möchte an dieser Stelle gleich meine anderen Beförderungsdaten zur Kenntnis geben: 1.4.1938 K-Ass. apl., 1.4.1940 K-Ass., 1.4.42 KOAss. Gemäß meines letzten Kriminaldienstgrades wurde ich als SS-H'Scharf eingestuft.

Am 15.1.1938 wurde ich nach Berlin zum ~~SS-Hauptmann Referat~~ Gestapa Referat III H (Kleiderkasse der Grenzpolizei), dem späteren Referat II C 2 *versetzt*.

Diesem Referat gehörte ich bis 31.3.1943 an. Meines Wissens ist der Aufgabenbereich und der personelle Aufwand der Kleiderkasse zu diesem Zeitpunkt wegen Personalmangels reduziert worden. Da ich eine kriminalpolizeiliche Ausbildung genossen hatte und zudem Kriminalbeamter war, wurde ich aus dem Verwaltungsdienst herausgenommen und am 1.4.1943 von Amtswegen zur Stapo-Leitstelle Berlin, Burgstr. 29, versetzt.

Während meiner gesamten Dienstzeit bei der Stapo-Leitstelle Berlin bin ich zwei Dienststellen bzw. 2 Referate durchlaufen. Ich kann zwar die Aufgabengebiete dieser Dienststellen angeben, jedoch kann ich mich an die einzelnen Referatsbezeichnungen nicht mehr erinnern.

Das erste Referat, in welchem ich einem älteren Kollegen, sein Name ist KS R o t z o l l gewesen, zur Einarbeitung beigegeben worden bin, befaßte sich mit folgenden Arbeiten: Die Groß-Firmen, welche im Berliner Raum ansässig waren, unterhielten betriebseigene sogenannte Ostarbeiter-Lager. Die Firmen waren auch verpflichtet, die Verwaltung bzw. Betreuung und Bewachung dieser Arbeitskräfte in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Bei den Firmen existierten außerdem sogenannte Abwehrbeauftragte. Diese Abwehrbeauftragten meldeten ihrerseits der Stapo-Leitstelle Berlin, nämlich der Dienststelle, der ich angehörte, von Verstößen der Ostarbeiter. Wenn ich von Verstößen spreche, so handelte es sich um Arbeitsverweigerung, Verstöße gegen die Lagerdisziplin und kleinere kriminelle Delikte.

Ich möchte nochmals hervorheben, daß es sich bei den bezeichneten Personen, die in unserem Referat anfielen, um ausschließlich Polen, Ukrainern und Russen (keine Kriegsgefangenen) handelte.

Da die von mir bezeichneten Delikte in Vielzahl von den Ostarbeitern begangen wurden, war der Arbeitsanfall sehr stark. Im einzelnen ging die Bearbeitung wie folgt vor sich: Von dem Abwehrbeauftragten des jeweiligen Betriebes wurde uns mittels Formblatt gemeldet, welchen Verstoßes sich der jeweilig betreffende Ostarbeiter schuldig gemacht hatte.

Zusammen mit dem Formblatt wurde uns der betreffende Ostarbeiter von der Betriebswache überstellt. Die Leute wurden dann von uns zu den Vorwürfen gehört und die Aussagen in einem Protokoll niedergelegt. Konnten den Ostarbeitern in Einzelfällen die Schuld nachgewiesen werden, so entschied der Referatsleiter, KR M ö l l e r , ob und wie lange der Ostarbeiter in ein Arbeits- und Erziehungslager einzuweisen ist. Die Höchstdauer der Einweisung in ein AE-Lager waren 30 Tage. Ein großer Teil der Vorgeführten wurde jeweils "staatspolizeilich verwarnt". Ich muß jedoch auch anführen, daß Vorwürfe, die von den Häftlingen gegenüber ihrer Firma, der Unterbringung, Verpflegung etc., geäußert wurden, von uns auf den Wahrheitsgehalt nachgeprüft wurden. Ich selbst habe auch derartige Überprüfungen vorgenommen und verschiedentlich Mißstände in den Lagern aufgedeckt. In solchen Fällen erhielten dann die Firmen die Auflagen diese Mißstände abzustellen.

Mir wurde hier die Frage vorgelegt, ob mir in diesem Referat Schutzhaftweisungen bzw. Söderbehandlungen bekanntgeworden sind. Ich sage die Wahrheit, wenn ich erkläre, daß ich weder selbst Schutzhaftangelegenheiten bearbeitet habe, noch daß im Referat selbst, jemals Schutzhaftweisungen vorgenommen worden sind. Hierzu möchte ich jedoch einschränkend erklären, daß ich nur kurze Zeit bei diesem Referat war und daß ich in die Arbeiten der anderen Sachbearbeiter keinen Einblick hatte. Ich kann auch nicht-mal die genaue Zahl der zum Referat gehörenden Sachbearbeiter angeben.

Mir sind noch verschiedentlich Namen aus meinem engeren Arbeitskreis bekannt: KS R o t z o l l , K-Ass. Hans S c h ü n e m a n n , K-Ang. und Dolmetscher S i e b e r t (aus Lettland stammend), KS P r e p e n s .

Im Herbst 1943 wurde unsere Dienststelle ausgebombt. Danach kam ich nunmehr als Sachbearbeiter in ein anderes Referat. Dieses Referat befaßte sich ausschließlich mit Ostarbeitern (Polen, Ukrainern und Russen), die in krimineller Hinsicht in Erscheinung getreten waren.

Meines Wissens nach wurde dieses Referat auch erst im Herbst 1943 auf Grund eines RSHA-Erlasses neu gebildet. Bis zu diesem Zeitpunkt sind meiner Meinung nach, die Kriminaldienststellen zur Bearbeitung von Ostarbeitern begangener Straftaten betraut gewesen und die Neubildung unseres Referates, sollte wohl den Zweck verfolgen, die Kriminalpolizei zu entlasten.

Durch die immer stärker werdenden Bombardements in Berlin, ging zu einem großen Teil die Kontrolle über die ausländischen Arbeiter verloren und viele Ostarbeiter wurden kriminell. Der Arbeitsanfall häufte sich derart, daß nur noch schwerwiegende Delikte bearbeitet wurden.

Zu meiner persönlichen Arbeit als Sachbearbeiter gebe ich folgendes an:

Mir wurde von meinem seitherzeitigen Kommissar, KK W ö r l e , Josef, bei uns eingegangene Vorgänge zugewiesen, die ich nunmehr in eigener Regie, jedoch des öfteren nach Rücksprache mit KK W ö r l e , bearbeitete. In der Hauptsache handelte es sich um von Ostarbeitern begangene schwere Diebstähle, Plünderungen und auch eine Vielzahl Morde, die von mir bearbeitet wurden. Zur Aufklärung der angeführten Delikte bedienten wir uns angeworbener Ostarbeiter - V-Leute. Bei der Stapo-Leitstelle existierte ein besonderes Referat, welches die V-Leute steuerte und von diesen Informationen bekam. Die gesammelten Erkenntnisse wurden uns als Sachbearbeiter zugänglich gemacht und erleichterten unsere Aufklärungsarbeit.

Wenn es nach erfolgreicher Ermittlungsarbeit zu Festnahmen kommen sollte, so mußten die jeweiligen örtlichen Kriminalpolizeien von den geplanten Festnahmen in allen Einzelheiten informiert werden.

Die Erstellung der Ermittlungsakte mit Ermittlungsberichten, Vernehmungen und letztenendes den Schlußbericht, oblag mir als Sachbearbeiter. Bevor schwerwiegende Entscheidungen, die Durchsuchungen, Festnahmen und dergleichen, zu treffen waren, war ich verpflichtet mit meinem Kommissariatsleiter Rücksprache zu halten.

Bei der Abfassung des Schlußberichtes kam lediglich der Gesamtsachverhalt der Akte zum Ausdruck.

Frage: Herr W e i ß , nach den hier gemachten Erfahrungen bei Aktenauswertung der Stapo-Leitstellen-Akten Düsseldorf, Würzburg u.a., wurden die Ermittlungsakten dem RSHA überstellt. Bevor sie an das RSHA abgesandt wurden, ist von der Stapo-Leitstelle in der Abverfügung an das RSHA der jeweilige Vorschlag der Bestrafung der angefallenen Person zum Ausdruck gebracht worden, wie z. B.: " Es wird angeregt, den Polen X sonderbehandeln zu lassen" oder " Es wird angeregt, den Polen X in ein KL der Stufe I bis III einzuweisen!" Sind Ihnen aus Ihrer früheren Arbeit derartige Formulierungen bekannt?

Antwort: Ich sagte bereits vorhin, daß ich lediglich den Schlußbericht fertigte, der einen Vorschlag zu irgendeiner Bestrafung nicht enthielt. Dazu war ich nicht ermächtigt. Ob nun in den verschiedenen Fällen der KK-Leiter W ö r l e oder der Referatsleiter KR G ä d e die Vorschläge bzw. die Abverfügungen an das RSHA formulierten, kann ich nicht sagen, da ich es nicht weiß. Mir ist jedoch bekannt, daß sämtliche in der Oranienburger Str. bei unserer Dienststelle bearbeiteten Vorgänge an die Stapo-Leitstelle Berlin, Alexanderplatz weitergeleitet wurden. Ob und in wie weit die nach dort eingesandten nochmals bearbeitet wurden, entzieht sich meiner Kenntnis. Mir ist zwar bekannt, daß der größte Teil unserer Häftlinge in ein KL eingewiesen wurden und wenn ein ^{en}Ostarbeiter ein Mord nachgewiesen werden konnte, dieser sonderbehandelt wurde. Über die Ausführung und den Ort der Sonderbehandlung kann ich ebenfalls keine Angaben machen.

Ich kann mich noch an folgende Mitarbeiter des Kommissariats W ö r l e erinnern: KOS K ö h l e r, ~~und~~ K-Angest. und Dolmetscher S i e b e r t , KS K r ü g e r . Im Moment

fallen mir keine weiteren Namen ein.

Dazu befragt, ob ich dienstlichen bzw. kollektialen Kontakt zu Kollegen bzw. zu den dienstlichen Bereichen anderer Referate der Stapo-Leitstelle Berlin hatte, so muß ich das verneinen.

Ich unterhalte heute keinerlei Kontakte zu ehemaligen Kollegen.

Nachholend erkläre ich, daß ich dem zuletzt angeführten Referat bis Mitte März 1945 angehörte. Danach wurden wir zur Verteidigung Berlins herangezogen und dem Wehrmachtskommando B o c k unterstellt. Im Mai 1945 geriet in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstr. in russische Kriegsgefangenschaft, aus der ich erst am 15. Oktober 1955 entlassen worden bin.

Ich bin am 5. Febr. 1965 bei der Geschäftsstelle des AG Tg vom Amtsgerichtsrat H e i n z e zum Au. 348 Gs 15/65 zum Ermittlungsverfahren gegen Karl A n d e r s u. a. wegen Mordes zeugenschaftlich gehört worden.

Zu einem anderen NS-Verfahren wurde ich bisher nicht gehört.

Geschlossen:

gez. (Bellach), KM

Laut diktiert, genehmigt, unterschrieben

gez. Albert Weiß
.....

Vernehmende: Staatsanwalt N a g e l
Kriminalmeister S c h u l t z

Vorgeladen erscheint

Herr Albert W e i ß , Außenstelle Berlin,
Verwaltungsangestellter beim Bundesverwaltungsamt,
geboren am 24. Oktober 1913 in Oberbettringen
Krs. Schwäbisch-Gmünd,
wohnhaft in Berlin 20, Falkenseer Chaussee 242,

und erklärt nach Belehrung gemäß §§ 52, 55 StPO folgendes:

Von 1920 bis 1927 besuchte ich die Volksschule in meiner Heimat, anschließend bis 1930 erlernte ich das Malerhandwerk. Als Geselle arbeitete ich in dem Beruf bis 1934.

Am 15. August 1934 kam ich auf meine Bewerbung hin zum Grenzdienst - Ausbildung, die im Februar 1935 in Passau fortgesetzt wurde.

Mitte 1935 kam ich zur SS-Grenzüberwachung nach Burghausen. Unsere Aufgabe war der Auffang und die Weiterleitung österreichischer Flüchtlinge nach München.

Am 1. August 1937 legte ich die Kriminalbeamten-Fachprüfung I ab und wurde in das Beamtenverhältnis übernommen. Am 1. April 1938 wurde ich apl. KA. Am 1. April 1940 KA und am 1. April 1942 KOA mit dem SS-Angleichungsdienstgrad SS-Hauptscharführer.

Am 15. Januar 1938 kam ich zur Leitung der Grenzpolizei, die ihren Sitz im Komplex des Gestapa in Berlin, Prinz-Albrecht-Straße/Wilhelmstraße, hatte, und zwar zum Ref. III H. Dieses wurde später in II C 2 umbenannt. Es handelte sich dabei um die Kleiderkasse der Grenzpolizei unter Leitung des RR, SS-Stubaf. K r e c k l o w . Sein Vorgänger war der SS-Staf. Dr. T r u m m l e r .

Am 1. April 1943 wurde ich zur Stapoleitstelle Berlin,
Burgstraße 29, versetzt. Es könnte sich dabei um das Ref. IV D 3

a oder b gehandelt haben. Das Sachgebiet umfaßte Arbeitsverweigerung, Verstöße gegen die Lagerdisziplin und kleinere kriminelle Delikte durch Ostarbeiter. Zu diesen Ostarbeitern gehörten Polen, Ukrainer und Russen, jedoch keine Kriegsgefangenen.

IM Frühjahr 1944 wurde das Dienstgebäude Burgstraße ausbombt und wir versahen weiter Dienst in der Oranienburger Straße. Vom Zeitpunkt der Verlegung in die Oranienburger Straße an bearbeitete ich nur noch rein kriminelle Delikte, die durch Ostarbeiter (Polen, Ukrainer, Russen - keine Kriegsgefangenen) begangen wurden. Die Bearbeitung solcher Fälle war geregelt durch einen Erlaß des RSHA im Einvernehmen mit dem RKPA. Diese Tätigkeit übte ich bis Anfang März 1945 aus. Alsdann wurde ich der Kampfgruppe B o c k - dieser war Major der Panzertruppen und nicht zu verwechseln mit dem Leiter der Stapoleitstelle Berlin, Bock - zur Verteidigung Berlins zugeteilt. Ich nehme an, daß dieser Panzermajor B o c k hieß und die Kampfgruppe, da sie diesem unterstand, so genannt wurde. Der Stapoleiter B o c k gehörte dieser Kampfgruppe ebenfalls an. Als Angehöriger dieser Einheit geriet ich am 2. Mai 1945 am Bahnhof Friedrichstraße in Gefangenschaft, aus der ich am 15. Oktober 1955 entlassen wurde.

Außer den von mir genannten Dienststellen gehörte ich zu keiner Zeit weder dem Schutzhaft- noch dem Judenreferat der Stapoleitstelle Berlin bzw. des Gestapo/RSHA an.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Albert Meitz

Geschlossen:

Kapell
Müller

Schell

1 AR (RSA) 304 / 65

Vfg.



1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der
Zentralen Stelle
der Landesjustizverwaltungen
z. Hdn. v. Herrn
Ersten Staatsanwalt W i n t e r

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 58

unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom
12. Oktober 1964 - 10 AR 1310/63 (jetzt VI 415 AR
1310/63) - zur gefälligen Kenntnisnahme und Rück-
gabe nach Auswertung übersandt.

Berlin 21, den **21. FEB. 1972**
Turmstr. 91

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

[Signature]
Oberstaatsanwalt

2. 2 Monate

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstr. 91

nach Auswertung der Akten zurückgesandt.

Ludwigsburg, den 21.3.72

2. Hier austragen.

Brosch, SA